

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

a) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/377 —

b) zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 12/391 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/223 —

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

A. Problem

Zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377:

Für den Übergang der neuen Bundesländer in die Marktwirtschaft des Westens fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung zu einer Reihe von Einzelmaßnahmen auf:

- Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen,
- Überbrückungsmaßnahmen zur Vermeidung eines offenen Notstandes,
- aktives Sanierungskonzept der Treuhand.

Zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391:

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP unterstützen die Bundesregierung bei allen Maßnahmen, durch die aus dem zusammengebrochenen sozialistischen Wirtschaftssystem eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung entwickelt werden soll, die bald zu ersten Zeichen einer allgemeinen Besserung der Lebensverhält-

nisse in den neuen Bundesländern führen wird. Sie sind weiter der Auffassung, daß der Treuhandanstalt eine Schlüsselfunktion beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer zukommt, wobei vorrangige Aufgabe weiterhin die Privatisierung sein muß. Ferner unterstützen sie die Bundesregierung in ihrer Absicht, der ökologischen Orientierung in der sozialen Marktwirtschaft größere Geltung zu verschaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der SPD

— Drucksache 12/377 —

Annahme des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

— Drucksache 12/391 —

Einstimmiger Beschluß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

I.

den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — abzulehnen;

II.

den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — anzunehmen.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Dr. Uwe Jens

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dr. Uwe Jens

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — und der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — wurde in der 22. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. April 1991 federführend an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Der Finanzausschuß hat die oben genannten Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 12. Juni 1991 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — und die Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — empfohlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — in seiner Sitzung am 19. Juni 1991 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Zustimmung der Mitglieder der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 19. Juni 1991 beraten und den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — mehrheitlich abgelehnt, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 15. Mai 1991 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD dem federführenden Ausschuß empfohlen, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

— Drucksache 12/377 — abzulehnen und den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — anzunehmen.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 12. Juni 1991 von der Beratung der Entschließungsanträge auf Drucksachen 12/377 und 12/391 abgesehen, da ein forschungspolitischer Bezug nicht vorhanden ist.

Der Haushaltsausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 25. April 1991 beraten und den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt und dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391 — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 19. Juni 1991 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der federführende Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 25. September 1991 anberaten und in seiner Sitzung am 9. Oktober 1991 abschließend beraten.

Die Fraktion der SPD hat darauf hingewiesen, daß es von besonderer Bedeutung sei, daß mittelfristig sanierungsfähige Unternehmen in Ostdeutschland durch die Übernahme der Altlasten am Leben erhalten würden. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP legten dar, daß insbesondere in den alten Industrieregionen große Anpassungs- und Umstrukturierungsschwierigkeiten zu verzeichnen seien, so daß der gesamtwirtschaftliche Aufschwung erst für 1992 zu erwarten sei. Die Grundlagen für einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung seien im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP unter Würdigung der staatlichen Begleitmaßnahmen des Programms „Aufschwung Ost“ und anderer Elemente der staatlichen Hilfe dargestellt.

Der Ausschuß beschloß einstimmig die Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der SPD — Drucksache 12/377 — und die Annahme des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 12/391.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Dr. Uwe Jens

Berichterstatler